

Niederschrift

über die 22. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klima, Verkehr und Strukturwandel am
11.07.2019

Anwesend:

Der Vorsitzende:

Jansen, Franz-Michael

Kreistagsmitglieder:

Dahlmanns, Erwin

Gassen, Guido

Horst, Ulrich

Krekels, Gerhard

Kurth, Waltraud

Otten, Silke

(als Vertreterin für Schultz, Anja)

Rütten, Wilhelm

Schlüter, Volker

Schmitz, Ferdinand, Dr.

Schmitz, Josef

Spennath, Jürgen

(als Vertreter für Philipp, Martin)

Walther, Manfred

Von der Verwaltung:

Lind, Reinhold

Kapell, Günter

Borchardt, Holger, Dr.

Dick, Ralf

Friedsam, Elke

Schnell, Michael

Gäste:

Winkens, Udo

(Geschäftsführer der WestVerkehr GmbH;
bis einschließlich TOP 2.2)

Demny, Gerd, Dr.

(Wasserverband Eifel-Rur;
bis einschließlich TOP 1)

Sachkundige Bürger:

Bleilevens, Lukas

(als Vertreter für Lausberg, Leonard)

Gerads, Helmut

Orth, Wolfgang

(als Vertreter für Wagner, Klaus, Dr.)

Abwesend:

Kreistagsmitglieder:

Lausberg, Leonard

Philipp, Martin

Wagner, Klaus, Dr.

Beratende Mitglieder gem. § 41 Abs. 3 KrO:

Schultz, Anja

Anfang: 17:00 Uhr

Ende: 19:20 Uhr

Der Ausschuss für Umwelt und Verkehr versammelt sich heute im kleinen Sitzungssaal, um über die nachfolgende Tagesordnung zu beraten.

- Schwerpunktthema Klimaschutz -

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Hochwasser und Wasserqualität
Antrag der CDU-Kreistagsfraktion vom 02.04.2019 gemäß § 5 der Geschäftsordnung sowie Ergänzungsantrag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN vom 05.06.2019:
Hochwassergefahr an der Rur
 - 1.1. Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 26.06.2019 gemäß § 5 der Geschäftsordnung: Wassermessungen an Rur und Wurm im Kreis Heinsberg
2. Mobilität
Konzeption zur MultiBus-Erweiterung der Bedienzeiten ab Fahrplan 2020
 - 2.1. Antrag der FDP-Kreistagsfraktion vom 31.03.2019 gemäß § 5 der Geschäftsordnung: Fahrplanstudie nutzen - MultiBus attraktiver gestalten und so fit für die Zukunft machen
 - 2.2. Antrag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN vom 25.06.2019 gemäß § 5 der Geschäftsordnung:
Sachstandsbericht zu den Mobilstationen für E-Mobilität
3. Klimaschutz im Kreis Heinsberg
Bericht der Verwaltung zum Klimaschutzkonzept für den Kreis Heinsberg
 - 3.1. Antrag der CDU-Kreistagsfraktion vom 11.06.2019 gemäß § 5 der Geschäftsordnung sowie Ergänzungsantrag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN vom 14.06.2019: Klimavorbehalt im Kreis Heinsberg
 - 3.2. Anregung der Jusos Kreis Heinsberg betr. "Ausrufen des Klimanotstandes"
 - 3.3. Antrag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN vom 26.06.2019 gemäß § 5 der Geschäftsordnung:
Prozess des Kohleausstiegs
4. Bericht der Verwaltung
5. Anfragen

Nichtöffentliche Sitzung:

6. Bericht der Verwaltung
7. Anfragen

Der Ausschussvorsitzende, Herr Franz-Michael Jansen, begrüßt die Ausschussmitglieder, die Vertreter der Verwaltung, die Gäste, die Pressevertreter und die Zuhörer. Vor Eintritt in die Beratung teilt Ausschussvorsitzender Jansen mit, dass die Sitzung vor dem Einstieg in die Beratung zu TOP 3 kurz unterbrochen wird. Die Ausschussmitglieder erhalten Ausdrucke der geänderten Beschlussvorschläge zu den Tagesordnungspunkten 3.1 und 3.3 und haben dann Gelegenheit, sich damit vertraut zu machen. Mit dieser Vorgehensweise erklären sich die Ausschussmitglieder einverstanden. Anschließend stellt Ausschussvorsitzender Jansen die vorliegende Tagesordnung, die ordnungsgemäße Einberufung und die Beschlussfähigkeit fest. Ergänzungen oder Änderungen der Tagesordnung werden seitens des Fachausschusses nicht gewünscht.

Sitzung: öffentlich

Tagesordnungspunkt 1:

Hochwasser und Wasserqualität

Antrag der CDU-Kreistagsfraktion vom 02.04.2019 gemäß § 5 der Geschäftsordnung sowie Ergänzungsantrag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN vom 05.06.2019:

Hochwassergefahr an der Rur

Beratungsfolge:

11.07.2019 Ausschuss für Umwelt und Verkehr
--

Mit Schreiben vom 02.04.2019 an den Vorsitzenden des Ausschusses für Umwelt und Verkehr, Herrn Franz-Michael Jansen, beantragt die CDU-Kreistagsfraktion nach § 5 der Geschäftsordnung, der Ausschuss für Umwelt und Verkehr möge die Verwaltung beauftragen,

1. Kontakt mit dem Wasserverband Eifel-Rur aufzunehmen, um Verbesserungen für die Anwohner an der Rur zu erreichen,

 und
2. die Mitglieder der Verbandsversammlung, die von kreisangehörigen Städten und Gemeinden delegiert sind, für dieses Thema zu sensibilisieren.

Ergänzend zum Antrag der CDU-Kreistagsfraktion vom 02.04.2019 beantragt die Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN mit Schreiben vom 05.06.2019 an den Vorsitzenden des Ausschusses für Umwelt und Verkehr, Herrn Franz-Michael Jansen, die Verwaltung möge veranlassen, dass zur Umweltausschusssitzung am 11.07.2019 eine/ein Vertreterin/Vertreter des Wasserverbandes Eifel-Rur zum Thema Hochwassergefahr an der Rur berichtet und für weitere Fragen zur Verfügung steht.

Die Anträge der CDU-Kreistagsfraktion vom 02.04.2019 und der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN vom 05.06.2019 sind der Einladung zur Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Verkehr als Anlagen beigelegt.

Hinsichtlich der dem Antrag der CDU-Kreistagsfraktion vom 02.04.2019 vorangestellten Fragen wird die Verwaltung in der Ausschusssitzung Stellung nehmen. Außerdem hat die Verwaltung bereits Kontakt mit dem Wasserverband Eifel-Rur aufgenommen. Die Teilnahme einer/eines Vertreterin/Vertreter wurde vom Wasserverband Eifel-Rur zugesagt.

In der Sitzung berichtet Herr Dr. Demny vom Wasserverband Eifel-Rur dem Fachausschuss ausführlich zu den Themenfeldern Talsperrenbewirtschaftung, Hochwasserereignis 16./17.03.2019, Hochwasserabgabe der Talsperren, Hochwassersituation in Karken und Ophoven sowie Renaturierungen und beantwortet Fragen der Ausschussmitglieder. Seine Präsentation ist der Niederschrift in der Anlage beigelegt.

Sitzung: öffentlich

Tagesordnungspunkt 1.1:

**Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 26.06.2019 gemäß § 5 der Geschäftsordnung:
Wassermessungen an Rur und Wurm im Kreis Heinsberg**

Beratungsfolge:

11.07.2019 Ausschuss für Umwelt und Verkehr

Mit Schreiben vom 26.06.2019 an den Vorsitzenden des Ausschusses für Umwelt und Verkehr, Herrn Franz-Michael Jansen, beantragt die SPD-Kreistagsfraktion gemäß § 5 der Geschäftsordnung, der Fachausschuss möge die Verwaltung beauftragen, 1/4-jährliche Wassermessungen an Rur und Wurm im Kreis Heinsberg im Hinblick auf

- Nitratgehalt (nach der Ausbringung von Gülle in den Frühjahrsmonaten)
- Abwasserpilz
- Antibiotika und Rückstände von Arzneimitteln
- Pflanzenschutzmittel (Pestizide, Herbizide, Neonikotinoide, Insektizide etc.)
- Plastikrückstände

vorzunehmen und dem Ausschuss hierüber zu berichten.

Sachgebietsleiter Schnell teilt den Ausschussmitgliedern mit, dass seit 2009 zur Erfüllung der Verpflichtungen der europäischen Wasserrahmenrichtlinie landesweit an allen berichtspflichtigen Gewässern ein umfassendes biologisches und stoffliches Monitoring durch das Landesumweltamt (LANUV) durchgeführt wird. Im Kreis Heinsberg erfolgt dies an rd. 20 Gewässern, u. a. auch an der Rur und der Wurm.

Die Untersuchungen erfolgen bundesweit einheitlich nach der Verordnung zum Schutz der Oberflächengewässer. Für die Bestimmung des chemischen Zustands werden hier 46 Einzelparameter aufgeführt, u.a. Nitrat, Schwermetalle und Pflanzenschutzmittel.

Alle Untersuchungsergebnisse mit Bewertung und Maßnahmenkatalog sind für die Öffentlichkeit zugänglich gemacht worden.

Allgemeine Infos finden sich unter folgendem Link:

<https://www.flussgebiete.nrw.de>

Speziell für die Gewässer im Kreis Heinsberg finden sich die entsprechenden Informationen unter folgendem Link:

https://www.flussgebiete.nrw.de/system/files/atoms/files/pe-stb_2016-2021_maassued_final.pdf

Eine kartografische Aufarbeitung aller Daten ist in ELWAS (elektronisches wasserwirtschaftliches Verbundsystem für die Wasserwirtschaftsverwaltung in NRW) zu finden:

<https://www.elwasweb.nrw.de/elwas-web/index.jsf>

Sachgebietsleiter Schnell bietet den Ausschussmitgliedern an, bei der Suche nach einzelnen Parametern behilflich zu sein, da es schwierig ist, einzelne Untersuchungsergebnisse aufzurufen.

Sitzung: öffentlich

Tagesordnungspunkt 2:

Mobilität

Konzeption zur MultiBus-Erweiterung der Bedienzeiten ab Fahrplan 2020

Beratungsfolge:

11.07.2019 Ausschuss für Umwelt und Verkehr
--

In der Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Verkehr am 12.03.2019 fand über die von der Verwaltung gemeinsam mit der WestVerkehr GmbH erstellte Konzeption zur MultiBus-Erweiterung der Bedienzeiten ab Fahrplan 2020 unter TOP 3.2 eine kurze Aussprache statt. Der Fachausschuss verständigte sich in der Sitzung darauf, die Beschlussfassung über die weitreichendere Erweiterung der Bedienzeiten des MultiBus-Systems gemäß dem Konzept auf die nächste Ausschusssitzung zu vertagen.

In der Ausschusssitzung erläutert der Geschäftsführer der WestVerkehr GmbH, Herr Winkens, das vorliegende Konzept mit beiden Varianten zur MultiBus-Erweiterung und veranschaulicht seinen Vortrag mit einer PowerPoint-Präsentation, die der Niederschrift in der Anlage beigelegt ist. Im Anschluss beantwortet er Fragen der Ausschussmitglieder.

Ausschussvorsitzender Jansen regt an, dass stellv. Ausschussmitglied Orth den mit diesem TOP in engem Sachzusammenhang stehenden und weitestgehenden Antrag der FDP-Kreistagsfraktion vom 31.03.2019 (TOP 2.1) vorstellt. Die in diesem Antrag genannten Aspekte sollen in die anschließende Beratung mit einfließen. Dezernent Lind gibt ergänzend bekannt, dass auf den im Beschlussvorschlag der Einladung zur Sitzung genannten Vorbehalt nach Auskunft der Bezirksregierung Köln verzichtet werden kann.

Nach reger Diskussion wird über den folgenden **Beschlussvorschlag** abgestimmt:

Der Ausschuss für Umwelt und Verkehr beschließt die weitreichendere Erweiterung der Bedienzeiten des MultiBus-Systems im Kreis Heinsberg gemäß dem vorliegenden Konzept als verkehrliche Maßnahme zur Fortschreibung des Nahverkehrsplans Kreis Heinsberg zum Fahrplan 2020.

Abstimmungsergebnis:

Ja 15 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Sitzung: öffentlich

Tagesordnungspunkt 2.1:

**Antrag der FDP-Kreistagsfraktion vom 31.03.2019 gemäß § 5 der Geschäftsordnung:
Fahrplanstudie nutzen - MultiBus attraktiver gestalten und so fit für die Zukunft
machen**

Beratungsfolge:

11.07.2019 Ausschuss für Umwelt und Verkehr
--

Mit Schreiben vom 31.03.2019 an den Vorsitzenden des Ausschusses für Umwelt und Verkehr, Herrn Franz-Michael Jansen, beantragt die FDP-Kreistagsfraktion nach § 5 der Geschäftsordnung, der Fachausschuss möge die weitreichendere Erweiterung der Bedienzeiten des MultiBus-Systems im Kreis Heinsberg gemäß dem zur Ausschusssitzung am 12.03.2019 vorliegenden Konzept als verkehrliche Maßnahme zur Fortschreibung des Nahverkehrsplans Kreis Heinsberg zum nächstmöglichen Zeitpunkt mit folgenden Ergänzungen beschließen:

1. Die Korridore des MultiBus-Systems werden aufgegeben, alle Fahrten des MultiBusses im Kreis Heinsberg werden als Direktverbindung angeboten.
2. Die Durchführung des MultiBus-Angebotes erfolgt algorithmusbasiert.
3. Das erweiterte und neu konzipierte Leistungsangebot wird durch umfangreiche Marketingaktionen unterstützt.

Der Antrag der FDP-Kreistagsfraktion vom 31.03.2019 mit entsprechendem Beschlussvorschlag an den Fachausschuss ist der Einladung zur Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Verkehr in der Anlage beigefügt. Über den vorgenannten Antrag der FDP-Kreistagsfraktion ist in der Sitzung zu beraten und zu beschließen.

Die Beratung bzw. Diskussion zum Antrag der FDP-Kreistagsfraktion vom 31.03.2019 ist bereits unter TOP 2 erfolgt. Der Antrag kommt zur Abstimmung und wird mehrheitlich abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

Ja 1 Nein 14 Enthaltung 0 Befangen 0

Sitzung: öffentlich

Tagesordnungspunkt 2.2:

**Antrag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN vom 25.06.2019 gemäß § 5 der Geschäftsordnung:
Sachstandsbericht zu den Mobilstationen für E-Mobilität**

Beratungsfolge:

11.07.2019 Ausschuss für Umwelt und Verkehr
--

Mit Schreiben vom 25.06.2019 an den Vorsitzenden des Ausschusses für Umwelt und Verkehr, Herrn Franz-Michael Jansen, beantragt die Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN nach § 5 der Geschäftsordnung, folgenden Punkt auf die Tagesordnung des Umweltausschusses zu setzen:

“Sachstandsbericht zu den Mobilstationen für E-Mobilität“

Der Antrag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN vom 25.06.2019 ist der Einladung zur Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Verkehr in der Anlage beigefügt.

Herr Winkens berichtet den Ausschussmitgliedern ausführlich über den Sachstand und beantwortet im Anschluss Fragen der Ausschussmitglieder. Seine PowerPoint-Präsentation ist der Niederschrift in der Anlage beigefügt. Damit ist der Antrag auf Berichterstattung erfüllt.

Niederschrift über die Sitzung
des Ausschusses für Umwelt, Klima, Verkehr und Strukturwandel am 11.07.2019

Wie zu Beginn der Sitzung bereits angekündigt, unterbricht Ausschussvorsitzender Jansen die Sitzung vor dem Einstieg in TOP 3 für 11 Minuten. Die Ausschussmitglieder erhalten Ausdrucke der geänderten Beschlussvorschläge zu den Tagesordnungspunkten 3.1 und 3.3. und haben Gelegenheit, sich damit vertraut zu machen.

Sitzung: öffentlich

Tagesordnungspunkt 3:

Klimaschutz im Kreis Heinsberg

Bericht der Verwaltung zum Klimaschutzkonzept für den Kreis Heinsberg

Beratungsfolge:

11.07.2019 Ausschuss für Umwelt und Verkehr
--

Die Verwaltung berichtet in der Ausschusssitzung zum Thema “Klimaschutzkonzept für den Kreis Heinsberg“.

Zunächst merkt Ausschussvorsitzender Jansen an, dass sich der Fachausschuss mit dem Thema Klimaschutz bereits seit 2011 beschäftigt und dass der Fachausschuss im Jahr 2017 ein Klimaschutzkonzept verabschiedet hat. Um die aktuelle Situation einschätzen zu können, hat er die Verwaltung beauftragt, den „Status Quo“ in Bezug auf den Klimaschutz im Kreis Heinsberg darzustellen.

Einleitend trägt Amtsleiter Kapell vor, in welchen Schritten die Entwicklung des Klimaschutzes im Kreis Heinsberg vorangeschritten ist. Im Anschluss informiert Sachgebietsleiter Dr. Borchardt über den Prozess der Entstehung und über Inhalte des Klimaschutzkonzeptes. Im Anschluss wird die weitere Vorgehensweise aus Sicht der Verwaltung dargestellt:

- Organisatorische Voraussetzungen im Amt geschaffen
- Einstellung eines vom Bund geförderten Klimaschutzmanagers
- Fortsetzung der Kreisklimakonferenz in der Umsetzungsphase
- Verstärkte Öffentlichkeitsarbeit
- Rückkopplung mit Politik im Ausschuss

Die Vorträge werden durch eine PowerPoint-Präsentation veranschaulicht, die dieser Niederschrift in der Anlage beigelegt ist.

Im Anschluss an den Vortrag erinnert stellv. Ausschussmitglied Orth an den Prüfauftrag an die Verwaltung bzgl. konzeptioneller Überlegungen für einen bürgerfreundlichen Einsatz der IT im Kreis Heinsberg in Kombination mit dem Klimaschutzkonzept (TOP 2 der Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Verkehr vom 28.06.2017). Amtsleiter Kapell teilt mit, dass die Zuständigkeit einer Beschlussfassung zur Digitalisierung von Verwaltungsaufgaben seines Wissens nicht beim Fachausschuss lag, sondern beim Kreisausschuss. In der nächsten Ausschusssitzung wird er zum Thema berichten.

Sitzung: öffentlich

Tagesordnungspunkt 3.1:

Antrag der CDU-Kreistagsfraktion vom 11.06.2019 gemäß § 5 der Geschäftsordnung sowie Ergänzungsantrag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN vom 14.06.2019: Klimavorbehalt im Kreis Heinsberg

Beratungsfolge:

11.07.2019 Ausschuss für Umwelt und Verkehr
--

Mit Schreiben vom 11.06.2019 an den Vorsitzenden des Ausschusses für Umwelt und Verkehr, Herrn Franz-Michael Jansen, beantragt die CDU-Kreistagsfraktion nach § 5 der Geschäftsordnung, der Fachausschuss möge folgenden Beschluss fassen:

Der Kreis Heinsberg berücksichtigt bei Handlungen der Verwaltung und Beschlüssen der politischen Gremien des Kreises auch die Erfordernisse des Klima- und Umweltschutzes.

Ergänzend zum Antrag der CDU-Fraktion vom 11.06.2019 beantragt die Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN mit Schreiben vom 14.06.2019 an den Vorsitzenden des Ausschusses für Umwelt und Verkehr, Herrn Franz-Michael Jansen, der Fachausschuss möge folgenden Beschluss fassen:

1. Die für den Kreis zuständige Klimamanagerin stellt im nächsten Umweltausschuss eine Liste von konkreten Maßnahmen vor, die zeitnah umgesetzt werden können. Sie erhält Unterstützung durch eine zusätzliche Stelle.
2. Die Verwaltung berichtet jährlich über die eingesparten Mengen an CO₂.
3. Es wird zusätzlich ein Klimabeirat gegründet, der die im Klimaschutzplan vorgestellten Maßnahmen begleitet und ggfs. Korrekturen vorschlägt. Er sollte sich im Wesentlichen aus den Akteuren zusammensetzen, welche die Vorschläge zum Klimaschutzplan eingereicht haben.
4. Da Klimaschutz nicht nur regional, sondern immer global gesehen werden muss, sind mehr Anstrengungen erforderlich, was faire Beschaffung und Vergaben betrifft. Dazu arbeitet der Kreis mit der LAG 21 Beratung und Nachhaltigkeitskonzepte (z. B. Nachhaltigkeitshaushalt) <https://www.lag21.de/leistungen/kommunalberatung/> und der Servicestelle der Kommunen für die Eine Welt SKEW SDG <https://skew.engagement-global.de/global-nachhaltige-kommune.html> zusammen. Dort werden kostenlose Beratungen in Sachen Nachhaltigkeit und globaler Verantwortung angeboten.

Die Anträge der CDU-Kreistagsfraktion vom 11.06.2019 und der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN vom 14.06.2019 sind der Einladung zur Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Verkehr in der Anlage beigefügt.

Über die vorgenannten Anträge der CDU-Kreistagsfraktion und der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN ist in der Sitzung zu beraten und zu beschließen.

Im Vorfeld der Ausschusssitzung wurde seitens der CDU-Kreistagsfraktion und der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN ein gemeinsamer Beschlussvorschlag erarbeitet, der in der Sitzung beraten wird. Ausschussmitglied Schlüter trägt die Bitte vor, die Anregung der Jusos Kreis Heinsberg betr. "Ausrufen des Klimanotstandes" (TOP 3.2) in die Diskussion zu diesem Tagesordnungspunkt mit einzubeziehen. Ausschussvorsitzender Jansen gibt dieser Bitte statt.

Ausschussmitglied Dahlmanns stellt heraus, dass der Begriff „Klimavorbehalt“ statt „Klimanotstand“ seitens der CDU favorisiert wird. Das Ausrufen eines Klimanotstandes entsprechend der Anregung der Jusos wird als nicht zielführend angesehen. Vielmehr sollen alle Anstrengungen darauf gerichtet werden, den bisherigen und guten Erfolg des „praktischen Ansatzes“ weiterzugehen und zu intensivieren. Bezüglich des Klimaschutzes sind bereits Maßnahmen getroffen worden und Klimaschutz ist bereits in alle Daseinsbereiche eingebunden. Ausschussmitglied Horst stellt klar, dass Inhalte und weniger Begrifflichkeiten eine Rolle spielen. Auch in Bezug auf die ursprünglichen Anträge der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN besteht inhaltlich in der Sache Konsens. Ausschussmitglied Schlüter entgegnet, dass sich die SPD bei den Sachinhalten der Argumentation anschließen kann, jedoch sei der Ausdruck "Klimanotstand" begrifflich etabliert. Die Worthülse "Klimavorbehalt" wird abgelehnt. Ausschussmitglied Gerads begrüßt den gemeinsamen Beschlussvorschlag und unterstützt den Begriff „Notstand“ ebenfalls nicht. Allerdings räumt er ein, dass man sich über Begrifflichkeiten nicht streiten sollte. Kreistagsmitglied Otten unterstützt die Anregung der Jusos.

Im Anschluss an eine rege Diskussion wird folgender **modifizierter Beschlussvorschlag** zur Abstimmung gestellt:

Einleitung:

Der Klimaschutz und der Erhalt der Lebensgrundlagen der Menschen spielt weltweit eine immer größere Rolle.

Der Kreistag erkennt an, dass die Eindämmung des menschengemachten Klimawandels in der Kreispolitik eine hohe Priorität besitzt und deshalb bei allen Entscheidungen grundsätzlich zu beachten ist. Deshalb sind bei allen künftigen Handlungen der Verwaltung und Beschlüssen der politischen Gremien des Kreises die Erfordernisse des Klima- und Umweltschutzes verstärkt zu berücksichtigen. Da Klimaschutz nicht nur regional, sondern immer global gesehen werden muss, ist es erforderlich, auch die Aspekte von Nachhaltigkeit und globaler Verantwortung zu beachten. Alle Anstrengungen sollen darauf gerichtet sein, den bisherigen Erfolg des „praktischen Ansatzes“ weiterzugehen und zu intensivieren. Als nächste konkrete Schritte, die die bisherigen Maßnahmen konkretisieren und weiterentwickeln sollen, schlagen wir vor:

1. Der Ausschuss für Umwelt und Verkehr wird mit sofortiger Wirkung in „Ausschuss für Umwelt, Klima, Verkehr und Strukturwandel“ umbenannt.

2. Der Kreis Heinsberg stellt nach Abklärung der Fördervoraussetzungen mit dem Bund (Projektträger Jülich -PTJ) und nach Bewilligung der Förderung bzw. einer förderunschädlichen Erklärung zur früheren Einstellung eine(n) Klimaschutzmanager/In ein, die/der den weiteren Klimaschutzprozess entsprechend des Klimaschutzkonzeptes im Kreis Heinsberg begleitet.
3. Die/der Klimaschutzmanager/In erstattet dem Ausschuss regelmäßig Bericht über durchgeführte Maßnahmen, Treibhausgaseinsparungen (sofern möglich) sowie geplante Maßnahmen. Ferner hält er engen Kontakt zu den Kommunen und fasst die wichtigsten Ergebnisse - bei entsprechender Mitwirkung der Kommunen - kreisseitig zusammen. Er organisiert regelmäßig - möglichst 1 x jährlich - eine „Kreisklimakonferenz“, bei der sich Interessierte aus Politik, Wirtschaft, Vereinen und Verbänden sowie Bürger einbringen können.
4. Der Kreis Heinsberg berücksichtigt bei Handlungen der Verwaltung (z. B. im Rahmen von Beschaffungen) und Beschlüssen der politischen Gremien des Kreises auch verstärkt die Erfordernisse des Klima- und Umweltschutzes.

Abstimmungsergebnis:

Ja 13 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0
(1 Ausschussmitglied hat an der Abstimmung nicht teilgenommen.)

Sitzung: öffentlich

Tagesordnungspunkt 3.2:

Anregung der Jusos Kreis Heinsberg betr. "Ausrufen des Klimanotstandes"

Beratungsfolge:

19.06.2019	Kreistag
------------	----------

11.07.2019	Ausschuss für Umwelt und Verkehr
------------	----------------------------------

In der Kreistagssitzung am 19.06.2019 wurde einstimmig beschlossen, die Beratung und Beschlussfassung über die Anregung der Jusos Kreis Heinsberg gemäß § 16 der Hauptsatzung des Kreises Heinsberg betr. "Ausrufen des Klimanotstandes" in die Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Verkehr am 11.07.2019 zu vertagen.

Die Anregung der Jusos Kreis Heinsberg ist der Einladung zur Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Verkehr in der Anlage beigelegt.

Dieser TOP wurde in die Diskussion unter TOP 3.1 mit einbezogen. Eine Abstimmung zu der Anregung der Jusos ist nicht möglich; in diesem Fall müsste ein Antrag in den Kreistag eingebracht werden.

Sitzung: öffentlich

Tagesordnungspunkt 3.3:

**Antrag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN vom 26.06.2019 gemäß § 5 der Geschäftsordnung:
Prozess des Kohleausstiegs**

Beratungsfolge:

11.07.2019 Ausschuss für Umwelt und Verkehr

Mit Schreiben vom 26.06.2019 an den Vorsitzenden des Ausschusses für Umwelt und Verkehr, Herrn Franz-Michael Jansen, beantragt die Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN nach § 5 der Geschäftsordnung, der Fachausschuss möge dem Kreisausschuss und dem Kreistag nachfolgenden **Beschlussvorschlag** empfehlen:

Der Kreistag Heinsberg fordert Bundestag und Bundesregierung auf, umgehend politische und soweit wie möglich auch rechtliche Klarheit über den Prozess des Kohleausstiegs zu schaffen, um das von der Bundesrepublik ratifizierte Klimaschutzabkommen von Paris (2015) zu erfüllen. Dabei geht es im ersten Schritt vor allem um die gesetzlich zu verankernde Abschaltung abgeschriebener Altanlagen mit hohem Emissionsfaktor und die im Gegenzug ebenfalls gesetzlich zu verankernde Bereitstellung von entsprechenden Strukturhilfen und Anpassungsgeldern für die in der Braunkohle Beschäftigten. Darüber hinaus sind alle Aktivitäten im Vorfeld des Braunkohleabbaus einzustellen, die Fakten für den Abbau schaffen und einem Kohleausstieg zuwiderlaufen könnten. Das gilt insbesondere für Umsiedlungen und Grundabtretungen gegen den Willen der Betroffenen, die weitere Zerstörung der Dörfer, der Infrastruktur und des Hambacher Waldes sowie für die Errichtung neuer, dem Bergbau direkt oder indirekt dienender Infrastruktur. Die regionalen Abgeordneten werden aufgefordert, sich in diesem Sinne in Berlin einzusetzen.

Über den als Anlage der Einladung zur Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Verkehr beigefügten Antrag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 26.06.2019 ist in der Sitzung zu beraten und zu beschließen.

Im Vorfeld der Ausschusssitzung hat die Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN in Abstimmung mit der CDU-Kreistagsfraktion einen Beschlussvorschlag erarbeitet, der in der Sitzung beraten wird. Stellv. Ausschussmitglied Spenrath spricht sich ausdrücklich gegen diesen Beschlussvorschlag aus. Ausschussmitglied Schlüter teilt mit, dass die SPD den ursprünglichen Antrag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN nicht mitgetragen hätte. Dem abgeänderten Beschlussvorschlag stimmt die SPD jedoch zu.

Beschlussvorschlag in Abstimmung mit der CDU-Kreistagsfraktion:

1. Der Kreistag des Kreises Heinsberg begrüßt die Ergebnisse der von der Bundesregierung eingesetzten Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ (Abschlussbericht vom Januar 2019).

2. Der Kreistag begrüßt insbesondere den von der Kommission vorgeschlagenen früheren Braunkohleausstieg im Jahre 2038 sowie einen eventuellen, nochmals vorgezogenen Ausstieg, um die im Pariser Abkommen vereinbarten Klimaziele zu erreichen. Ferner eine gesetzlich zu verankernde Abschaltung abgeschriebener Altanlagen mit hohem Emissionsfaktor, sofern die Versorgungssicherheit gewährleistet ist und darüber hinaus die ebenfalls gesetzlich zu regelnden Strukturhilfen und Anpassungsgelder für die in der Braunkohle Beschäftigten.
3. Der Kreis Heinsberg unterstützt die Bemühungen von Bundes- und Landesregierung zur schnellst möglichen Umsetzung der Empfehlungen der Kommission und appelliert an die Vertreter des Kreises Heinsberg in Bundestag und Landtag, sich im Interesse der vom Braunkohletagebau betroffenen Menschen dafür einzusetzen, damit möglichst schnell Rechtsklarheit geschaffen wird.
4. Der Kreistag stellt sich hinter die am 27.02.2019 vom Stadtrat Erkelenz beschlossene und dem Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen unter Datum vom 28.02.2019 übermittelte „Stellungnahme der Stadt Erkelenz zum Abschlussbericht der Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“.

Abstimmungsergebnis:

Ja 13 Nein 1 Enthaltung 1 Befangen 0

Sitzung: öffentlich

Tagesordnungspunkt 4:

Bericht der Verwaltung

Die Verwaltung berichtet dem Ausschuss für Umwelt und Verkehr in der öffentlichen Sitzung zu nachfolgenden Punkten:

4.1 EK 13 / EK 17 Ortsumgehung Gangelst

Amtsleiter Kapell teilt mit, dass der 1. Streckenabschnitt "West" der EK 13/EK 17 als neue Umgehungsstraße von Gangelst fertiggestellt ist. Die Verkehrsfreigabe erfolgt am 12.07.2019. Für den 2. Streckenabschnitt -östlicher Teil- wird die Ausschreibung vorbereitet. Die Vergabe soll in der Novembersitzung erfolgen. Mit der Fertigstellung wird für 2020 gerechnet.

4.2 EK 3 Ortsumgehung Birgden

Amtsleiter Kapell informiert, dass zur EK 3 - Ortsumgehung Birgden- unter Datum vom 04.12.2018 der Planfeststellungsbeschluss der Bezirksregierung Köln ergangen ist. Leider wurde am 08.02.2019 beim Verwaltungsgericht Aachen eine Klage eingereicht, so dass der Beschluss nicht rechtskräftig wurde. Durch das anhängige Gerichtsverfahren verzögert sich die Umsetzung der Baumaßnahme.

Sitzung: öffentlich

Tagesordnungspunkt 5:

Anfragen

Für die öffentliche Sitzung des Fachausschusses liegen keine Anfragen gemäß § 12 der Geschäftsordnung an die Verwaltung vor.

Franz-Michael Jansen
Vorsitzender des Ausschusses
für Umwelt, Klima, Verkehr
und Strukturwandel

Günter Kapell
Schriftführer